



An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter  
Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 07.01.2020

## **Antrag** **Öffentlich finanzierte Software öffentlich zugänglich machen**

Die Stadt München verfolgt ab sofort offiziell das Ziel, dass öffentlich finanzierte Software-Programme, die für die öffentliche Verwaltung entwickelt wurden, unter einer Freie-Software- und Open-Source-Lizenz öffentlich zugänglich gemacht werden müssen.

Dies wird sie mit ihrer eigenen Software im Rahmen des geltenden Rechts so handhaben. Zudem versucht sie den Städtetag und andere Gremien zu überzeugen, dass das Bundes- und EU-Recht an dieses Ziel angepasst wird.

Zusätzlich wird sie offizielle Unterstützerin der Kampagne "Public Money? Public Code!" der Free Software Foundation Europe (FSFE).

## **Begründung**

Solche Software können alle Städte und Gemeinden sowie Privatpersonen und Firmen kostenlos nutzen, soweit sie für ihre Zwecke geeignet ist. Ebenso profitiert die Stadt München von Freier Software. Andere Städte unterstützen diese Initiative bereits und je mehr sich anschließen, desto kostengünstiger und effektiver wird die Software-Erstellung und -Beschaffung.

Dieses Freie-Software- und Open-Source-Prinzip gibt es seit Jahrzehnten und viele Privatleute, Firmen und andere Organisationen veröffentlichen entsprechende Software und arbeiten teilweise auch gemeinsam, z.B. für das kostenlose Büroprogramm LibreOffice.

Die Free Software Foundation Europe (FSFE) stellt in ihrem "Open Letter" zur Kampagne fest: "Die von unseren öffentlichen Verwaltungen angebotenen und genutzten digitalen Dienste sind die kritische Infrastruktur demokratischer Nationen des 21. Jahrhunderts. Um vertrauenswürdige Systeme zu etablieren, müssen öffentliche Stellen sicherstellen, dass sie die vollständige Kontrolle über die Software und die Computersysteme im Kern unserer staatlichen digitalen Infrastruktur haben. Doch im Moment ist dies aufgrund restriktiver Softwarelizenzen nur selten der Fall.

Diese Softwarelizenzen:

- Untersagen die Weitergabe und den Austausch von öffentlich finanziertem Code. Dies verhindert Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Verwaltungen und behindert die weitere Entwicklung.
- Fördern Monopole, indem sie den Wettbewerb behindern. Infolgedessen werden viele Verwaltungen von einer Handvoll Unternehmen abhängig.

**ÖDP - Stadtratsgruppe**

Rathaus, Marienplatz 8 • Zimmer 174 • 80331 München  
Telefon: 089 / 233 - 92835 • E-Mail: t.ruff@oedp-muenchen.de

- Stellen eine Bedrohung für die Sicherheit unserer digitalen Infrastruktur dar, indem sie den Zugriff auf den Quellcode verbieten. Dies macht das Beheben von Hintertüren und Sicherheitslöchern extrem schwierig, wenn nicht gar unmöglich."<sup>1</sup>

**Tobias Ruff (ÖDP)**

**Sonja Haider (ÖDP)**

**Johann Sauerer (ÖDP)**

---

1 <https://publiccode.eu/de/openletter>